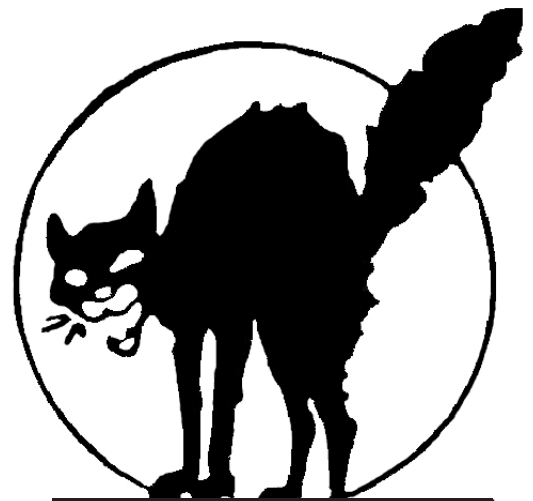


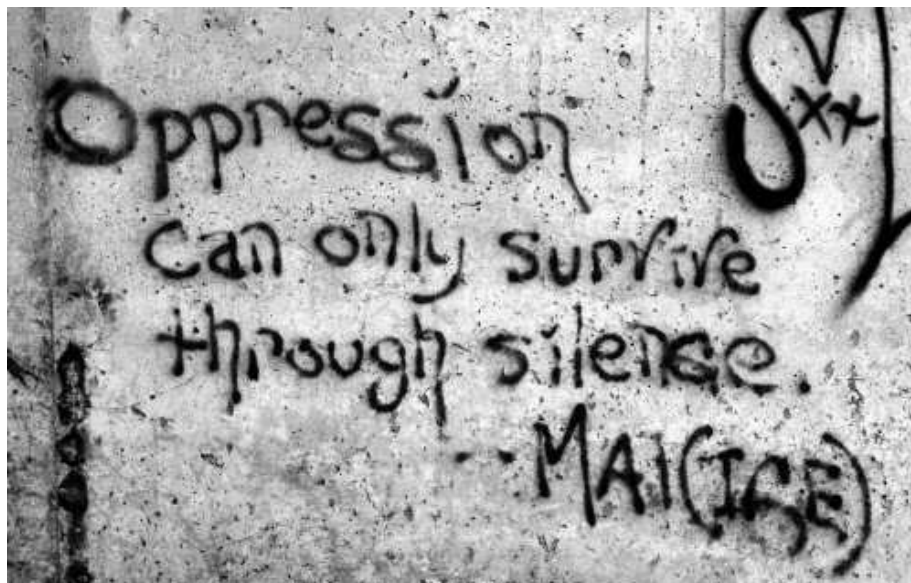
di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



„Basisdemokratisch“ zu sein reicht nicht aus

Wer aus unseren Kreisen kennt das Problem nicht: Ich trete einer Politgruppe bei, die sich ihren Prinzipien nach egalitär organisiert, aber mit der Zeit bemerke ich, dass dort doch einige mehr und andere weniger zu sagen und sogar zu bestimmen haben. Dieser Artikel benennt formelle und informelle Hierarchien in (auch in libertären) Gruppen und will diese kritisch reflektieren.



Editorial

Auch dieses Jahr gehen am 1. Mai weltweit wieder Millionen von Leuten auf die Strasse, um für bessere Arbeitsbedingungen oder gar eine andere Gesellschaftsform einzustehen. Es werden Reden gehalten, Fahnen geschwungen, Transparente getragen – und das ist gut so: Es ist nur zu befürworten, wenn Lohnabhängige ihre Unzufriedenheit auf den Strassen kundtun.

Um aber nicht zu einem blossen Ritual zu verkommen, muss der 1. Mai in einen Kontext der sozialen Kämpfe gestellt werden. Ob totgeschwiegene, wie die Fabrikbesetzung in Cassina de' Pecchi (Italien), oder medial ausgeschlachtete, wie die Kämpfe in Griechenland – von beiden können wir nämlich viel lernen. Aber es muss gar nicht immer so weit gesucht werden: Selbst in der Schweiz kommt es immer wieder einmal zu einem Aufbäumen, wie zuletzt am 31. März. Das abrupte Ende der Strassenparty in Bern – herbeigeführt durch einen plötzlichen Polizeikessel auf dem Bahnhofplatz – hat uns aber leider ein weiteres Mal die repressive und autoritäre Struktur des Staates deutlich gemacht. Solche Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen gehören angeprangert und müssen überwunden werden. Doch die Kritik darf nicht nur gegen „die Anderen“ gerichtet sein, denn auch Libertäre sind von ähnlichen Mustern geprägt. Auch in unseren privaten, beruflichen oder politischen Zusammenhängen gibt es Über- und Unterordnungen, die es zu benennen und kritisch zu reflektieren gilt, damit wir sie aktiv abbauen können. Nur so können wir vermeiden, dass sich – wie in der Geschichte nur allzu häufig geschehen – aus den eigenen Reihen neue „Anführer“ herausbilden. Es bleibt uns also noch eine Menge zu tun...

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Bau: Hip hip hurra neuer LMV?...3
- Italien: Elektronikfabrik seit Dezember besetzt.....4
- 31. März in Bern: Erfrischend anders.....5
- Griechenland: Spardiktat produziert Tote.....6
- Der Kampf um den Raum.....7
- Handlungsräume in der Krise.....9
- Kultur.....11
- Rechtliches.....12

Eine libertäre Gruppierung sollte ihren Prinzipien nach eine möglichst herrschaftslose Organisationsweise (das heisst: ohne zeitlich beständige, zwischenmenschliche Über- und Unterordnungen) anstreben und versuchen postrevolutionäre zwischenmenschliche Beziehungen zu erarbeiten. Diese sollten immer an den jeweiligen Idealen gemessen werden und sich dadurch qualitativ von den heutigen – durch Herrschaftsverhältnisse geprägten – Beziehungsformen abheben. Gegen aussen kann die Gruppe hingegen einen sehr konfrontativen Kurs gegenüber Ausbeutungsmechanismen und ihren Apparaten (z.B. gegenüber Staat und Unternehmen) fahren.

(weiter auf Seite 2)

„Basisdemokratie“ (von Seite 1)

ren. Intern geht es demnach darum, kollektive, libertäre Entscheidungsprozesse auszugestalten; im Kampf für eine andere Gesellschaftsform kommt man aber nicht um einen Machtkampf mit den herrschenden Eliten herum. Dieser Artikel beschäftigt sich ausschliesslich mit den internen Fragen.

Das „eiserne Gesetz der Oligarchie“

Bei der Untersuchungen interner Organisationsweisen wird oft zwischen formel-

beschrieben. So schrieb zum Beispiel Robert Michels² zu politischen Parteien von einem „eisernen Gesetz der Oligarchie“. Dieses besagt, dass jede formelle Organisation gezwungenermassen zur Herrschaft der Mandatsträger_innen über ihre Basis führt.

Dieser Ansatz hat durchaus seine Berechtigung, greift zu kurz, da er andere Akteure wie den Staat ausser Acht lässt und so Institutionalisierungsprozesse ganz ignoriert. Er hat aber weiterhin eine gewisse Gültigkeit: Denn wer kennt sie nicht, die zahlreichen fortschrittlichen Gruppen von früher, die sich im Laufe der Zeit zu bürokratisch-hierarchischen Institutionen entwickelt haben?

Die „Tyrannei der Strukturlosigkeit“

Jo Freeman betrachtet die ganze Problematik von einem anderen Blickwinkel aus. In einer Rede über die US-amerikanische Frauenbewegung der 1960er Jahre zeichnet sie ein eher düsteres Bild der damaligen informellen Organisationsweise und vom Sträuben vieler Aktivist_innen, sich formelle Strukturen zu geben³. Ihr zufolge kann der Versuch „strukturlose“ Gruppierungen zu bilden nur scheitern. Denn Beziehungen zwischen Menschen

3. Die Gruppe zu verlassen, 4. Die „informelle Elite“ herauszufordern.

In informellen Strukturen können sich Eliten besser unsichtbar und unangreifbar machen. Gegen Kritik von aussen kommt schnell der Einwand: „Wenn jemand ein Problem damit hat, kann er/sie es ja einfach in der Gruppe einbringen“ und wer in einer solchen Gruppe involviert ist (und es weiterhin bleiben möchte), muss sich gut überlegen, wessen Verhalten er wie kritisiert. Es besteht also die Gefahr, dass zahlreiche unkontrollierte Herrschaftsverhältnisse entstehen. Das Herausfordern der informellen Elite wird dadurch zu einem Spiel mit dem Feuer.

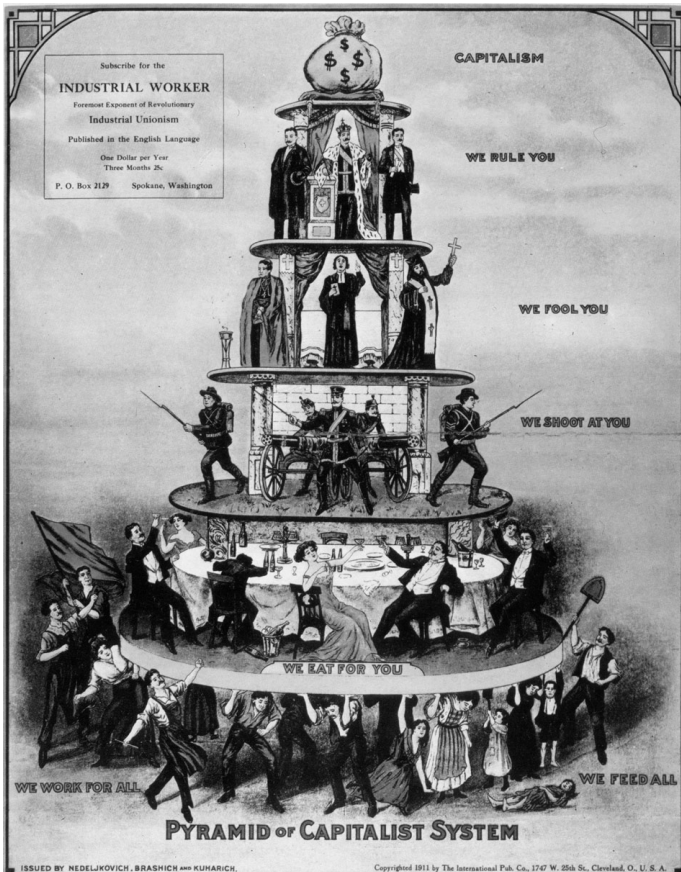
Libertäre Prinzipien schützen vor Torheit nicht!

Beide Ansätze haben ihre Berechtigung: Formale Organisationen haben einen Hang zur Machtdelegation, besonders sobald sie eine gewisse Mitgliederzahl überschreiten und in informellen Gruppen bilden sich oftmals schwierig behebbare informelle Herrschaftsverhältnisse heraus. Ich denke, dass viele Gruppen von beiden Tendenzen betroffen sind und dass insbesondere die Formalisierung wohl in den seltensten Fällen vor informellen Herrschaftsverhältnissen schützt.

Um die beiden Tendenzen innerhalb der Gruppe auf ein akzeptables Minimum zu reduzieren, müssen sie aber zuerst einmal erkannt, akzeptiert und dann aktiv angegangen werden. Eines muss hier klargestellt werden: Ein Bekenntnis zu libertären Grundsätzen der Herrschaftsfreiheit allein befreit uns nicht von Herrschaftsverhältnissen! Denn auch wir sind in einer sexistischen, heteronormativen, nationalistischen, rassistischen, leistungsorientierten, kapitalistischen, etc. Gesellschaft aufgewachsen und haben deren Prinzipien bis zu einem gewissen (ziemlich weitreichenden) Grade internalisiert. Es sollte uns also darum gehen, uns diese „alten“ – zu beseitigenden – Muster gegenseitig bewusst zu machen und gemeinsam zu dekonstruieren. Einige Fragen, die sich hier die Gruppen stellen können sind:

Wie manifestieren sich Genderbeziehungen innerhalb der Gruppe?

Welche persönlichen Eigenschaften und welches Verhalten werden innerhalb der Gruppe gewürdigt, welche nicht? Inwiefern entspricht dies unseren herrschaftsfreien Prinzipien?



Nicht alle Hierarchien sind so offensichtlich wie diese

len und informellen Zusammenhängen unterschieden. Erstere verfügen über ein Positionspapier und über schriftlich festgehaltene Entscheidungsprozesse, letztere sind Zusammenschlüsse von Personen, welche sehr wohl ein gemeinsames politisches Programm verfolgen können und dieses eventuell auch verschriftlicht haben, jedoch ihre Organisationsweise nicht formalisieren. Schon früh, und nicht nur von Anarchist_innen, wurde Tendenzen der Machtkonzentration innerhalb von formalisierten Organisationen

strukturieren sich immer auf eine Art und Weise. In den sogenannten strukturlosen Gruppen sind die Strukturen dann halt einzig nicht formalisiert. Das eigentliche Ziel, durch den Verzicht auf formelle Strukturen Hierarchien zu verhindern, wird laut Freeman in keinsten Weise erfüllt: In informellen Gruppen bilden oftmals Freundeskreise die Grundlage für Eliten: Wer zum dominierenden Freundeskreis gehört, dessen Stimme zählt. Die restlichen haben vier Optionen: 1. Versuchen sich in den dominierenden Freundeskreis einzugliedern, 2. Sich mit ihrem Los abzufinden,

² Michels, Robert (1959 [1915]): Political Parties. A Sociological Study of the Emergence of Leadership, the Psychology of Power and the Oligarchic Tendencies of Organisation, New York: Dover Publications Inc.

³ Freeman, Jo (1970) „The Tyranny of the Structurelessness“, <http://www.jofreeman.com/joreen/tyranny.htm>, abgerufen am 17. Januar 2012.

Wer spricht/unterbricht innerhalb der Gruppe am meisten und mit welcher Berechtigung?

Was wird getan um weniger wortgewandte in die Entscheidungsprozesse mit einzubinden?

Welche Aufgaben sind mit Verantwortung verbunden? Von wem werden sie übernommen (Und umgekehrt)?

Viele dieser informellen Herrschaftsverhältnisse sind in routinisierten Abläufen versteckt und benötigen besondere Aufmerksamkeit, um erkannt zu werden. Sie sind aber von grosser Bedeutung: Denn erst wenn wir uns diesen Problemen bewusst werden und sie aktiv angehen, können wir basisdemokratische Entscheidungsfindungsprozesse auf ein qualitativ höheres Niveau heben. Denn was bringt z.B. eine Entscheidungsfindung per Kon-

sens, wenn nur die lauteste Stimme zählt, immer nur die selben Leute diskutieren und bestimmen oder gewisse Leute immer das letzte – und somit entscheidende – Wort haben müssen?

In der kommenden Ausgabe werde ich die Frage der internen Organisation eingehender behandeln und verschiedene Formen der Basisdemokratie diskutieren.

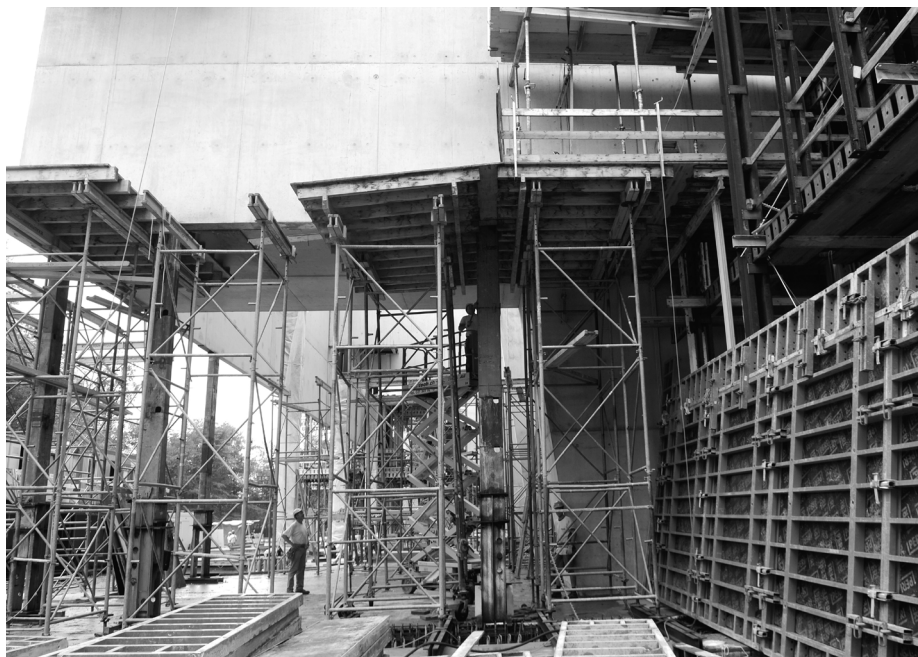
Paul Isler

Bau: Hip hip hurra neuer LMV?

Für die Baubranche vier Monate nach dem Auslaufen des alten LMV (Landesmantelvertrag) und ein halber Monat nach Inkrafttreten des neuen schlechten Kollektivvertrags gilt immer noch der Grundsatz des Gattopardo¹: Alles muss sich ändern, damit es bleibt wie es ist.

Nach neunmonatigen Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) und der Zentralgewerkschaft Unia bei welchen kein Ergebnis zustande kam, begann im Januar auf dem Bau ein vertragsloser Zustand. Die Baumeister sahen dies als Chance die Bauarbeiter_innen noch schlechter zu behandeln: Der SBV-Vize entliess in seinem Betrieb einen kranken Baubüezer mit der Begründung dieser sei ja nicht mehr durch einen LMV geschützt (vom Arbeitsgesetz hat der gute Herr wohl noch nie etwas gehört...). Die Strabag liess ihre Arbeiter in Alvaschein GR bei Schnee und Minustemperaturen weiter draussen arbeiten. Die Folge war, dass ein 30-jähriger Arbeiter zehn Meter in die Tiefe stürzte und starb.

Schon im letzten Sommer und Herbst wurde über skandalöse Zustände auf verschiedenen Baustellen berichtet, und zwar auch in bürgerlichen Medien. Die bekanntesten Beispiele in Bern waren die Baustelle der Kehrlichtverbrennungsanlage (KVA) und der Rückbau des Gebäudes „Zum Postbahnhof“. Bei letzterem wurden slowakische Arbeiter für die Asbestsanierung zu Reinigungslohnen eingestellt und in einem Bunker unter dem Gebäude einquartiert. Bei der KVA arbeiteten bosnische Schweisser zu Tiefstlöhnen und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen. Arbeiter, welche auf



Auf der KVA-Baustelle in Bern

der KVA-Baustelle arbeiten berichten nun ein halbes Jahr nach dem Skandal, dass sich fast nichts geändert habe. Die Arbeitsbedingungen seien nach wie vor lebensgefährlich, es werde immer noch an allen Ecken und Enden gepfuscht, die Planung sei chaotisch und unübersichtlich. Nur etwas habe sich geändert: Seit die Baustelle durch die Unia und die SUVA letzten Herbst fast geschlossen wurde, gäbe es zwischen den beteiligten Baufirmen ein Gentlemen's-Agreement – über die Baustelle wird stillschweigen vereinbart. Unfälle welche auf dieser Baustelle passierten, würden anderswo oder gar nicht gemeldet und den Beschäftigten würden Maulkörbe verhängt.

Auch an anderen Orten hat sich auf dem Bau nicht viel geändert, Baubüezer_innen beklagen sich immer noch darüber, dass ihnen die Pausen nicht bezahlt würden, obwohl ihnen dies nach Artikel 15 des Arbeitsgesetzes zusteht (über 5h Arbeits-

zeit eine Viertelstunde; über 7h eine halbe Stunde, über 9h eine Stunde). Dies ist bei vielen Firmen gang und gäbe und betrifft sowohl Fest- als auch Temporärangestellte.

Da viele Baubüezer_innen in der Deutschschweiz nicht oder nur passive Gewerkschaftsmitglieder sind, hat sich seit der Einführung des neuen LMV kaum was geändert. Die Baumeister treten auf dem Bau auf, wie Feudalherren und entsprechend sieht es mit den Arbeitsverhältnissen aus. Um die Arbeitshetze zu verringern, um alles Geld zu erhalten und die Arbeit sicherer zu machen, braucht es keine Fetzen von beschriebenem Papier und keine Kampagnen von wenigen bezahlten Funktionären. Es braucht Leute, die auf dem Bau arbeiten und die zusammen „Nein!“ zu ihren Chefs sagen. Erst dann werden die Arbeitsverhältnisse auf dem Bau besser.

¹ „Der Gattopardo“ ist ein Roman über das „Risorgimento“, also die Zeit der Gründung des italienischen Nationalstaats.

Elektronikfabrik seit Dezember besetzt



Die besetzte Jabil-Fabrik in Cassina de' Pecchi (MI)

Dichter Regen prasselt auf das Auto, die Scheibenwischer leisten Höchstleistung. Trotzdem ist nur grau zu sehen, was nur bedingt am Regen selber liegt. Das Auto fährt durch Cassina de' Pecchi einer dieser Vorstädte von Milano, welche sich irgendwann in den vergangenen Jahrzehnten entlang der Linien der Metr  ins Umland der Grossstadt frassen. Nach kurzer Fahrt hält das Auto an, ein Transparent mit der Aufschrift „RSU Jabil“ zeigt, dass wir am Ziel angekommen sind. Der Fahrer des Autos steigt aus und führt uns zu einem Fahrradunterstand, welcher in den letzten Monaten nach und nach zu einer behaglichen Hütte umgebaut wurde. Diese Hütte ist das Hauptquartier der Jabil-Arbeiter_innen.

Die Jabil ist eine Elektronikfabrik, in welcher Komponenten für den Aufbau von Mobilfunk- und Radionetzen gebaut werden. Jabil übernahm sie von der Branchengrösse Nokia Siemens Network (NSN). Letzterer Firma gehört auch immer noch der Grund, auf dem die Fabrik steht. Seit Mitte Juli 2011 ist die Fabrik stillgelegt, Jabil hat zu diesem Zeitpunkt eine hundertprozentige Kurzarbeit eingeführt. Nach offiziellem Ende der Kurzarbeit, am 12. Dezember 2011, hat Jabil die Produktion aber nicht wieder hochgefahren. Als die Arbeiter am Montagmorgen zur Arbeit kommen wollten, fanden sie die Tore der Fabrik

verschlossen vor: Jabil hatte sie alle entlassen. Darauf hebelten sie gemeinsam einen kleinen Flügel des Tores aus den Angeln und besetzten die Fabrik.

Die Arbeiter_innen ahnten bereits bei der Einführung der Kurzarbeit im Juli, was für ein Schicksal ihnen drohen wird und errichteten vor den Toren der Fabrik einen dauerhaften Streikposten – das „Presidio Jabil“. Von der Hütte aus überwachen sie das Tor, damit NSN die teuren Maschinen, Geräte und Bauteile nicht abtransportieren und damit jede Möglichkeit zur Wiederinbetriebnahme der Fabrik zunichte machen kann. Auf einer kurzen Tour durch die Fabrik erzählt ein jüngerer Arbeiter verschmitzt, dass sie einige besonders teure Apparaturen versteckt hätten, so dass diese nicht einfach verschwinden können. Vor dem Tor zum Materiallager hängen drei Ketten mit drei Vorhängeschlössern, „zwei sind von uns“ kommentiert der Arbeiter. Mit Stolz zeigt er uns die modernen Fertigungslinien, wo aus Leiterplatten und Elektronikbauteilen Sender und Empfänger für Handyantennen zusammen gesetzt werden. Auch ein Nachlager zeigt er uns, denn die Fabriktores stünden unter der Woche offen, deswegen seien sie im Dreischichtbetrieb auf Patrouille im Innern der Fabrik und die Nachtwache übernachtete dann jeweils hier unmittelbar neben ihren Arbeitsplätzen.

Um zu zeigen, dass sie gewillt sind zu arbeiten und auch dass sie dies ohne endlose Reihe von Vorgesetzten können, begannen die Jabil-Arbeiter_innen am 12. Januar 2012 wieder die Produktion aufzunehmen. Seit dann läuft das Werk unter der Woche für jeweils drei Stunden pro Tag. „Das Lager ist proppenvoll, aber die Aufträge geben wir nicht raus. Wir wollen zuerst die Garantie für neue Aufträge.“ betont ein anderer Arbeiter. Unter anderem diese Strategie hatte vor nicht allzu langer Zeit und in nur kurzer Distanz von der Jabil zu einem Sieg der Arbeiter_innen geführt: Die Arbeiter der INNSE arbeiteten während drei Monaten selbstverwaltet weiter und gaben die fertigen Aufträge erst raus, wenn vom Kunden die Garantie für den nächsten da war.

Die Zukunft der Jabil-Arbeiter_innen ist zwar noch ungewiss, aber sie sind bereit weiter zu kämpfen und bekommen auch Unterstützung von verschiedenen Orten, wie etwa von den Arbeiter_innen der INNSE und denen der Officina di Bellinzona.

Obwohl das Presidio Jabil im Moment nicht akut von der Räumung bedroht ist, kostet ihr Kampf jeden Tag Geld. Die Arbeiter_innen sind deshalb froh um jede Spende. Die FAU Bern sammelt Geld und wird es dann der Jabil weiterleiten:

Freie ArbeiterInnen Union Bern
Quartiergasse 17
3013 Bern

PC 30-276725-1
Vermerk „Spende Jabil“

smf

www.direkteaktion.org	 <h2 style="margin: 0;">Direkte Aktion</h2> <p style="margin: 0;">[mehr als nur eine Zeitung]</p>
	 <p style="margin: 0;">Probeheft gratis! da-abo@fau.org</p>

Erfrischend anders

Ein Bericht über die Strassenparty am 31. März

Wenig bis nichts wusste man im Vorfeld über die Strassenparty, die für den 31. März in Bern geplant war. Einzig auf Facebook wurde für die Party mobilisiert. Die Party schien im Zusammenhang mit dem europaweiten „M31“ – Aktionstag gegen Kapitalismus zu stehen, viel mehr war aber nicht bekannt. Schon im Vorfeld schien diese Party also anders zu werden, als die üblichen, „organisierten“ Demonstrationen.

Ich entschied mich eher spontan, wieder einmal auf die Strasse zu gehen und begab mich gegen 21.00 Uhr zum Falkenplatz. Es standen bereits einige Leute herum und alle warteten auf die Musik, damit die Party endlich beginnen konnte. Auf einmal war sie da und schon waren wir unterwegs in Richtung Innenstadt. Die Stimmung war ausgelassen. Ich war erleichtert, in dieser durch und durch reglementierten Welt endlich wieder Mal ein bisschen Raum zurücknehmen zu können.

lich. Im Verlaufe der Party schlossen sich immer mehr Leute an, obwohl die Musik für mehrere hundert Leute viel zu leise war. Was bewegte sie dazu? Die Musik konnte es aufgrund ihrer zu geringen Lautstärke nicht sein. Wahrscheinlich war es der Eindruck von Spontaneität, der die Leute anzog. Die Leute hatten nicht das Gefühl, sich der Meinung einiger Organisator_innen anschliessen und unterordnen zu müssen (wie das sonst bei Demonstrationen üblich ist), sondern konnten sich den Sinn ihrer Aktion selbst geben. Dieser Sinn mag von Person zu Person verschieden gewesen sein. Dennoch genügt er der und dem Einzelnen, um sich Recht und Ordnung zu widersetzen und die Strasse einzunehmen.

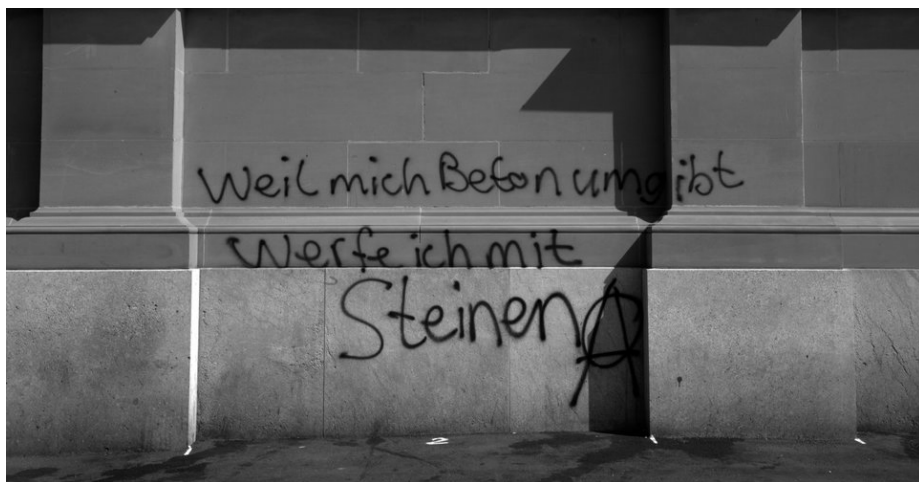
Und dann kam der Kessel

Bis zum Kornhaus war von der Polizei kaum was zu sehen. Als wir durch die Zeughausgasse zurück spazierten, stand vor uns plötzlich eine Reihe Bullen in Ro-

dem Bahnhof Bern (unangekündigt) die dort versammelte Menschengruppe. Wer dies früh genug erkannte, hatte noch die Möglichkeit zu entkommen, die anderen – darunter wahrscheinlich viele Unbeteiligte oder Unerfahrene, welche nicht verstanden, was da gerade abläuft – wurden von der Polizei umzingelt. Die Polizei glänzte wieder einmal durch ihre Idiotie, doch hier ist nicht der Platz um der Polizei Verbesserungsvorschläge zu machen.

Die Kritik danach

Im Nachgang an die Demonstration kamen im libertären Spektrum einige Kritiken auf: Das komme halt davon, wenn man Demonstrationen nicht richtig organisiert, keine Vorsichtsmassnahmen treffe, etc. Bis zu einem gewissen Punkt stimme ich dieser Kritik zu und ein nächstes Mal kann sicher einiges besser gemacht werden. Dennoch hatte die Party ein Potential wie kaum eine andere Demonstration in den letzten Jahren: Sie war nicht eine Prozession von schwarz Gekleideten, sondern liess dem Individuum den nötigen Freiraum. Sie stand vielleicht nicht auf einem soliden politischen Gerüst, aber erreichte viele jugendliche Passant_innen. Sie schrie nicht die ewig gleichen Parolen und trotzdem (oder gerade deswegen) sprach sie die Unzufriedenheiten und Bedürfnisse dieser Leute an. Sie sprach die Jugendlichen nicht nur an, sondern animierte sie zu einem politischen Akt, der vielleicht klein ist, aber in sich ein Aufbegehren gegen die staatliche Reglementierungswut und die kapitalistisch-standardisierten Partys beinhaltet. Die Jugendlichen haben konkrete Probleme und Bedürfnisse, die mit abstrakten Theorien vielleicht erklärt werden können, die aber konkrete Ansätze erfordern. Ein Gemeinschaftsgefühl entsteht nicht in der Theorie, sondern in der Praxis, durch ein Zusammenfinden von Menschen. Diese Party hat auf eine sympathische Weise viele Leute zu einem (vielleicht ersten) politischen Schritt bewegt, wurde aber von der Polizei un schön beendet. Es kann ein nächstes Mal vieles besser gemacht werden, aber die am 31. März eingeschlagene Richtung ist sicherlich vielversprechend.



Der wohl schönste Spruch des Abends

Nicht in einem bewilligten, von oben genehmigten und kontrollierten Rahmen, sondern als Teil eines bunten Haufens, der sich die Strasse einfach nimmt.

Anders als an anderen Kundgebungen gab es keine Parolen. Viele Leute diskutierten, einige sammelten Unterschriften für Petitionen zum Erhalt von besetzten Häusern in Biel, andere (eher wenige) tanzten zur Musik. Eine politische Botschaft war auf den ersten Blick kaum zu erkennen: Die einzigen, kleinen Transparente zum Thema Freiraum hingen am Soundwagen und die inhaltlichen Flyers zirkulierten eher spär-

bocompontur. Wie sich später herausstellen sollte, war dies wohl der erste Einkesselungsversuch. Die Party entkam diesem, indem sie durch die Hauptgasse zurück zum Bahnhof lief. Ich war erstaunt, wie viele Leute – trotz des martialischen Auftretts der Polizei – weiterhin mit der Party mitgingen. Dies umso mehr, da die meisten Teilnehmer_innen nicht wirklich nach erfahrenen Demonstrationsgänger_innen aussahen. Am Bahnhof angekommen, hielt der Soundwagen nochmals an. Die Polizei kesselte kurze Zeit später, unterstützt durch überzählige Einsatzkräfte von einem Meisterschaftsspiel in Thun, vor

Mathias Häbliger

Griechenland: Spardiktat produziert Tote

Militärausgaben bleiben ungekürzt

In der Nacht auf den 13. Februar 2012 hat das griechische Parlament das neue Diktat der Troika aus EU, IWF und Europäischer Zentralbank verabschiedet. Es beinhaltet weitere massive Gehalts- und Rentenkürzungen sowie Massenentlassungen im staatlichen Sektor. Allein in Athen waren bis tief in die Nacht mehrere hunderttausend Menschen ins Zentrum geströmt und hatten sich heftige Straßenschlachten mit den Sondereinsatzkommandos der Polizei geliefert. Auch in Thessaloniki, Vólos, Pátras, Agrínio, auf Kreta und Kérkyra kam es zu Auseinandersetzungen. Banken und staatliche Gebäude wurden in Brand gesteckt oder besetzt. Dass die Politik der Troika nicht nur die Bevölkerung sondern auch die griechische Wirtschaft zugrunde richtet, ist mittlerweile bekannt. Dass sie für den Tod tausender

verbergen sich zunehmend menschliche Tragödien – denn Sparen kann tödlich sein. Bei den immer mehr werdenden Obdachlosen sind Todesopfer durch Erfrieren zu beklagen. Selbstmord durch Selbstverbrennung beging ein arbeits- und obdachloser Mann auf der Insel Lefkáda. Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit wird als Grund für die rasant gestiegene Selbstmordrate ist in den letzten beiden Jahren genannt. Darüber hinaus sind zunehmend Menschen von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Staatliche Gesundheitszentren, die die Grundversorgung in den ländlichen Gebieten sicherstellten, wurden aus Geldmangel geschlossen. Den Krankenhäusern fehlt es an Verbandsmaterial und Medikamenten, lebenswichtige Operationen werden oft monatelang hinausgezögert. Statt der durchschnittlich 11.000 Bypass-

die Lohnabhängigen. Es drängt sich regelrecht der Verdacht auf, hier werde erprobt, wie weit man es treiben kann, bis die griechische Bevölkerung endgültig austrastet. Sollten die sozialen Aufstände unkontrollierbar werden, könnte dies zu einer offenen Abkehr von der Demokratie führen. Die Bereitwilligkeit der Troika, elementare demokratische Regeln zu ignorieren, lässt für den wahrscheinlichen Fall einer weiteren Eskalation nichts Gutes erwarten. Dazu passend ist nur ein Haushaltsbereich von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Die horrenden Militärausgaben Griechenlands werden nicht gekürzt. Nach Angaben des für die französischen Grünen im EU-Parlament sitzenden Daniel Cohn-Bendit bestanden die Hauptwaffenlieferanten Deutschland und Frankreich darauf, dass keine Aufträge storniert werden.



Allgemeines Krankenhaus in Kilkís. Transparent: „Hier kostenloser Zugang zur Gesundheitsversorgung. Kostenlose Gesundheitsfürsorge ist eine verfassungsmäßige Verpflichtung.“

GriechInnen direkt verantwortlich ist, wird ausgeblendet. Laut Mitte Februar veröffentlichter Zahlen der griechischen Statistikbehörde ist die Wirtschaftsleistung des Landes 2011 erneut massiv eingebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging um 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück. Bereits 2010 war es um 5,5 Prozent geschrumpft. Ursache der rasanten Talfahrt ist die aufoktroierte Sparpolitik, die die Wirtschaft stranguliert. Offiziell waren Ende 2011 bei einer Arbeitslosenquote von 20,9 Prozent erstmals mehr als eine Million GriechInnen arbeitslos. Inoffizielle Schätzungen gehen von über 30 Prozent Arbeitslosigkeit aus. Hinter den Zahlen

fern, sollen PatientInnen ihre Medikamente nun selbst vorfinanzieren und auf die Rückerstattung durch die Krankenkassen hoffen. Für Krebspatienten und chronisch Kranke, die auf teure Medikamente angewiesen sind, ist dies bei 500,- Euro Rente schlicht unmöglich und bedeutet vielfach das Todesurteil. Weder die griechische Regierung noch die EU-Bürokratie haben Interesse daran, die Opfer zu zählen. Sicher ist nur, dass sich die medizinische Versorgung weiter verschlechtern wird. Durch erneute Kürzungen im Gesundheitssektor sollen 2012 weitere 800 Millionen Euro eingespart werden. Überhaupt treffen die beschlossenen Kürzungen einmal mehr nur

Operationen jährlich wurden 2011 nur 9.000 durchgeführt. Bei mindestens 2000 Menschen wurden eigentlich notwendige Operationen verschoben. Wie viele von ihnen starben ist unbekannt. Zudem weigern sich immer mehr Apotheken, Medikamente auf Rezept auszugeben, weil die Krankenkassen nicht in der Lage sind, die Kosten zu erstatten. Da die Arzneimittelhersteller nur noch gegen Vorkasse lie-

Das Leben in die eigenen Hände nehmen

Inmitten der zusammenbrechenden Wirtschaft und einer auseinanderfallenden Gesellschaft treten immer mehr Menschen die Flucht nach vorne an. Die Plünderung von Supermärkten, die Besetzung staatlichen Landes zur Lebensmittelproduktion, die Gründung von Kollektiven, oder die Verweigerung der Autobahnmaut, Steuerboykott und organisierter Stromklau, viele greifen zur direkten Aktion, um sich der kapitalistischen Angriffe zu erwehren. Seit Anfang Februar hat die Belegschaft des Allgemeinen Krankenhauses in der nordgriechischen Kleinstadt Kilkís den Betrieb des Krankenhauses in Selbstverwaltung übernommen. Alle Entscheidungen werden seitdem von der Vollversammlung getroffen. Auch die linksliberale Athener Tageszeitung *Eleftherotypía* ist symptomatisch für den neuen Trend. Sie ist eine der größten Tageszeitungen Griechenlands und war zuletzt am 21. Dezember 2011 erschienen. Seitdem streikten die 800 Beschäftigten, weil sie seit August 2011 keine Gehälter mehr ausbezahlt bekamen. Seit 15. Februar erscheint die Zeitung erneut - diesmal als Wochenzeitung in Selbstverwaltung. JournalistInnen sind genauso beteiligt wie TechnikerInnen und GrafikerInnen. Damit schließt sich ein Kreis. Die *Eleftherotypía* war 1975 aus einem großen Journalistenstreik hervorgegangen. Es ging um den Wiederaufbau der Gesellschaft nach der Diktatur.

Ralf Dreis
FAU-Frankfurt

Der Kampf um den Raum

Mit diesem letzten Artikel der Serie komme ich auf das Thema im Artikel eins zurück. Wenn Räume verändert oder neu gestaltet werden sollen, müssen wir uns der Produktionsprozesse dieser Räume bewusst sein. In erster Linie geht es darum, wie wir uns die Räume um uns herum vorstellen. Unsere Handlungsabsichten gestalten unsere Blickwinkel und den Zugang. Es hängt aber auch vom Wille ab, die Umsetzung in die Herstellung des Raumes miteinzubeziehen, wenn es um die Frage geht, wie wir uns die Kooperation innerhalb der Räume vorstellen, die viele gleichzeitig nutzen.

Der gesellschaftliche Wille, sich zu diesem Thema zu äussern, steigt wieder einmal. Damit auch die Angst der Behörden. Mit unmässiger Repression wurde am 31. März eine Demonstration eingekesselt. Die Medienmitteilung der Polizei kam als schlecher Aprilscherz daher, als sie eine weitere Veranstaltung verhinderte, ohne den leisesten Plan zu haben, um was es ging. Im Verlaufe der Einkesselung und der Gummischrottsalven auf Umstehende wurde offenbart, wie sich die Ordnungsverhüter den öffentlichen Raum vorstellen. Als Kampfgebiet, in dem bei einem Einsatz alle Unbeteiligten zu Mobiliar werden, das umarrangiert werden kann: Die Beteiligten, also alles was so im Entferntesten mit den Äusserlichkeiten versehen ist, die auf einer Demo vorkommen, werden dagegen „vorausdenkend“ kriminalisiert und mit der verordneten Härte verfolgt.

Es spielt an dieser Stelle keine grosse Rolle aus welchen Gründen die einzelnen Teilnehmer_innen anwesend waren (siehe dazu den separaten Bericht), und ob diese den Ideen der Initierenden entsprachen, das verbindende Element der temporären Nutzung des öffentlichen Raumes in Verbindung mit einer Tanzveranstaltung, zeigt, dass der Protest zumindest im Bewusstsein dieser Problematik stattfand.

Der Moment der Aktion produziert unmittelbar eine Stimmung, welche das Neue rudimentär beinhaltet. Bei dieser Stimmung zu verweilen, sich von ihr beeinflussen zu lassen, ist entscheidend,



Barrikade in Paris während der Kommune 1871

um neue Menschenbilder in der Praxis zu leben. Die Vorstellung der Partizipierenden, was für einen Raum sie geschaffen haben, konnte in der Praxis jedoch nicht verglichen werden, da die repressiven Massnahmen die Situation mit einem Schlag änderten. Sobald der Bullenkessel zugriff, waren spätestens alle Gedanken wieder bei der repressiven Alltäglichkeit angelangt.

Aber bevor ich hier weiter den Demonstrierenden meine Ideen in den Mund lege, komme ich zum Thema dieses Artikels. Die in den vorangegangenen Artikeln aufgeworfenen Fragen sollten weiter diskutiert werden. Dabei gilt es undogmatisch und offen einen Begriffsapparat zu schaffen, der die verschiedenen Ansprüche auszudrücken vermag. Damit die Ziele und Vorstellungen bei der Umsetzung nicht pervertiert werden, müssen diese Begriffe auch in einem politischen Prozess erarbeitet werden. Auch an diesen Prozess soll undogmatisch herangegangen werden, dabei sollten aber Zielvorstellungen erarbeitet werden.

Gerade weil jede_r Einzelne nur eine Meinung beizusteuern hat, werden die Ziele vor allem in der Kooperationsform zu suchen sein. Ein Idealbild davon, wie der Raum dabei auszusehen hat, macht wenig Sinn. Ein Idealbild findet sich sicher in vielen Köpfen, doch

auf der gesellschaftlichen Ebene sind es Übereinkommen bezüglich ökologischer und bauphysikalischer Aspekte, die sinnvollerweise benötigt werden. Wärmedämmungen müssen zum Beispiel zusammen mit Heiztechniken, Wärmespeichern oder Luftdurchlässigkeit gedacht werden.

Gerade die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass dabei nicht unbedingt von einem absoluten Wert auszugehen ist, da sich die Erkenntnisse und damit die Best Practices schnell verändern. Ganz um die Diskussion nach einheitlichen Gestaltungsbildern kommen wir nicht herum, denn die Frage wie Hoch ein Gebäude sein soll, wird nicht einfach aus praktischen Gründen weggelassen.

Solche Diskussionen bleiben gegenwärtig noch ohne Wirkung, da der Kapitalismus über die Hürden bei der Kapitalbeschaffung jegliche Eingriffe in das Erscheinungsbild des Raumes, bzw. dessen hintergründige Entstehungs- und Funktionsweise verhindert. So verhindert er zwar nicht direkt die Entstehung alternativer Räume, durch ihren geringen monetären Renditewert setzt er sie aber andauerndem Druck aus, von der Öffentlichkeit befürwortet zu werden und meist auch von der öffentlichen Hand subventioniert werden zu müssen. Dies

(weiter auf Seite 8)

Kampf um Raum (von Seite 7)

nicht etwa, weil eine Rendite zwingend erforderlich ist, selbst in diesem System muss das nicht unbedingt sein, sondern weil dadurch ein Kontrollinstrument mitgeliefert ist, das eine Einflussnahme in die innere Ausgestaltung erlaubt, welche somit gezwungenermassen an die kapitalistische Logik geknüpft ist.

Einen aktuellen Beleg findet sich in der Abstimmung zum Zweitwohnungsbau. Platzverschwendung und leere Wohnungen sind eine Ressourcenverschwendung, vor allem wenn ihr Unterhalt auch ohne Bewohner_innen Energie verschwendet. Dabei aber einfach mit einem Verbot zu agieren, heisst mit einer einzigen Methode gegen alle Formen dieses Problems vorzugehen. Hinzu kommt, dass viele der Subventionen, welche in den letzten Jahrzehnten in den alpinen Raum flossen ins Leere gehen. Eine Gesellschaft, die ohne mit der Wimper zu zucken ganze Ökosysteme umgestaltet und verwertet, muss nicht stellvertretend den Ökofritzen heraushängen, wenn der Siedlungswachstum in den Bergen zu ähnlich monotonen Agglomerationen führt, wie sie in den Städten üblich sind. Die Agglos werden ganzjährig bewohnt und sie erfüllen den

Recht auf Stadt?

Zum Begriff Recht auf Stadt, der mit dem Namen Henri Lefebvre zusammenhängt, einem marxistischen Philosophen, muss an einer anderen Stelle eingegangen werden. In seinen politischen Stellungnahmen zum Recht auf Partizipation und zum Recht auf Ausgestaltung der Räume hat Lefebvre eine sehr interessante und eine sehr libertäre Position vertreten. Die Reclaim The Streets-Aktivist_innen und die Bewegungen mit dem Motto Recht auf Stadt beziehen sich auf ihn.

Traum von jeweils einer Handvoll Leute, sicher, aber sind die ökologischen Auswirkungen dieses Wahnsinns nicht deutlich gravierender als der Leerbestand in den Bergen?

Die Diskussion dieser Punkte, sowohl der konzeptionellen, der politischen und der strategischen werden diesen Sommer hoffentlich viel Raum finden und spätestens am Kongress Recht



Ausuferndes Stadtgebiet - Caracas, Venezuela

Um was geht es im Detail? Dass die Einheimischen das Land nicht mehr bezahlen können? Dafür finden sich andere Vorgehensweisen, zum Bsp. mit der Aussonderung von Ferienressorts. Geht es ums Landschaftsbild? Dafür ist es schon etwas zu spät, und dieses Gesetz wird zu viel Kreativität führen, wie dieser Passus umgangen werden kann. Bestehende bauliche Strukturen werden kaum abgerissen. Das gilt wohl noch viel mehr für die politischen Strukturen. Das Mittel der öffentlichen Mitwirkung zeigt zwar einen potentiellen Zugang zum System auf, um diesen aber wirklich nutzbar zu machen, müssen so viele Dinge verändert werden, dass ein systemverändernder Kampf unumgänglich ist.

auf Stadt (siehe Kasten) vom 6. bis 9. September 2012 in Bern auch in einem breiteren Rahmen diskutiert und zusammen geführt¹

Mit einem Aufruf sich diesen Sommer den Themen Raumplanung und Recht auf Stadt zu widmen, möchte ich die Artikelreihe abschliessen und hoffe, dass viele Wortmeldungen die Diskussion beleben und deren Horizont erweitern.

s.deo

¹ Siehe dazu www.stadtkongress.twoday.net und überleg dir, ob du dich daran beteiligen willst.

chefduzen.ch
Das Forum der Ausgebeuteten



Die Handlungsräume in der Krise (Teil 1)

Der staatliche Handlungsraum

Das Thema der diesjährigen Tour de Lorraine war „Wachstumskritik“. Die FAU Bern nahm dies zum Anlass, um mit Karl-Heinz Roth die aktuelle Krise und Gegenperspektiven von unten zu diskutieren. Seine Thesen will ich in einer Artikelserie diskutieren. Dem Zugrunde liegt meine Annahme, dass die Untersuchung der Handlungsräume zentraler Bestandteil der politischen Kritik sein sollte. Die Krise erlaubt dazu einen speziell tiefen Blick, auch wenn sie eine nicht gerade seltene „Ausnahmesituation“ ist. In diesem Artikel geht es um die kapitalistische Wachstumslogik, deren inhärenten Brüche, sowie um die Unzulänglichkeit reformistischer Ansätze. In der nächsten Ausgabe behandle ich die Folgen der Krise auf die Moral der Bevölkerung – vor allem auf den aktivistischen Teil – und die möglichen Perspektiven. Die diesem Artikel zugrundeliegenden Thesen sind von den Aussagen Karl-Heinz Roths abgeleitet. Seine Darstellungen sind aber ungleich komplexer und entstammen einem langjährigen Gedankenprozess. Die Diskussion ist also meine eigene Auseinandersetzung mit dem Thema und baut auf meiner Interpretation seiner Aussagen.

WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Am Ausgangspunkt der Diskussion steht die etwas banale Erkenntnis, dass die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen ein globales Ereignis sind, welches sich auf der lokalen Ebene in unzähligen Masken manifestiert.

Global ist wohl, dass die finanztechnischen Mechanismen in fast allen Regionen der Welt zur Geldentwertung, zu sinkenden Kapitalrenditen und zu erhöhten unternehmerischen Risiken führen. Für das Verständnis der lokalen Begebenheiten, den aufgekommenen Protesten auf den unzähligen Plätzen, Städten und Ländern dieser Welt, braucht es jedoch eine Berücksichtigung der historischen Gegebenheiten. Bestehende Infrastruktur und die Höhe der Schulden, gemachte Erfahrungen oder Bildungsniveaus formen zugleich Möglichkeiten und Restriktionen beim Versuch zur Krisenbewältigung. Die Krise scheint von niemandem kontrolliert werden zu können, es sind aber die

lokalen Akteure, welche den unpersönlichen Ereignissen im Finanzsektor oder der Rohstoffverschwendung ein Gesicht geben.

Das Paradox des nationalstaatlichen Handlungsraumes – oder das Ende des „demokratischen“ Zugriffs

Der Staat ist an und für sich schon eine absurde Abstraktion, wenn dann aber noch über seinen Handlungsspielraum diskutiert wird, zeigen sich die Grenzen des Projekts mehr als deutlich. Nationalstaaten sind ein eher junges Phänomen, wenn auch älter als der Anarchosyndikalismus, der sich erst mit der Kritik an den Demokratien entwickelte. Definitorisch ist der Staat das Äquivalent zu einem Subjekt. Er hat die Handlungsvollmacht. Auch in der Praxis galt dieser Grundsatz lange

welche ihnen durch die einseitige und alternativlose Anpassung an kapitalistische Tendenzen entglitten ist. Übereinkommen und Kooperationen auf zwischenstaatlicher Ebene entstehen zur Zeit eher in adhoc Prozessen, denn als Reaktion auf die verselbstständigten Dynamiken auf internationaler Ebene. Zur Verwirrung des Bildes trägt die wieder heterogener werdende Machtverteilung zwischen den Staaten bei. Auf dieses Phänomen will ich aber nicht weiter eingehen. Vielmehr geht es mir um die Zusammensetzung der entscheidungsfindenden Kräfte und deren jeweiliger internationaler Bezugsrahmen, bzw. der Netzwerke, in denen sich ihre Ziele, Handlungsweisen, Selbstverständnisse etc. manifestieren.

Es mag eine heikle Aussage sein, es mag ein Feld mit gefährlichen Potentialen sein, doch die Tatsache, dass die nationale Identifikation bei den Entscheidungsträgern nicht über der Orientierung an ökonomischen Konzepten steht, trägt laut dieser These entscheidend zum neuen Gesicht des Staates bei. Was heisst schon nationale Identifikation? Es zeigt sich bei den Staaten, die in der Krise fast untergegangen sind. Natürlich ist die Beweisführung nicht vollständig, doch zeigt die Einberufung von Technokrat_innen und Ökonom_innen, dass als entscheidendes Kriterium in diesem Moment nicht der intensive Bezug zur Bevölkerung im Vordergrund steht,



Demonstration des Rheinaubundes 1952, der ersten Bewegung für Natur-/ Umweltschutz in der Schweiz

Zeit und wurde nur durch Machtdifferenzen zwischen den Staaten relativiert.¹ Mit der zunehmenden Globalisierung zeigt sich ein neues Antlitz, dessen Gesichtszüge noch diffus verschleiert sind. Es ist nicht der Staat, es sind auch keine Staatenbündnisse, welche die Kontrolle innehaben. Vielmehr kämpfen die Staaten um die Deutungs- und Handlungsvollmacht,

¹ Ich ignoriere bewusst, dass der Staat in diesem Sinne immer nur von einer kleinen oder kleinsten Elite bestimmt wurde. Dies mach ich, weil der Staat in diesem Sinne ein Organismus ist, in dem jeder Teil etwas zum Gesamten beiträgt, ohne dabei diese Metapher zu weit treiben zu wollen.

(weiter auf Seite 10)

Handlungsräume (von Seite 9)

sondern marktwirtschaftliche Kenntnisse und die Treue zu ökonomischen Prinzipien. Einher mit diesen Kernkompetenzen geht die Vorstellung, dass der Staat einerseits ein notwendiges Übel ist, um den Faktor Mensch aus den ökonomischen Gleichungen² heraus zu halten und andererseits als Standort im Wettbewerb. Im Kampf um die Standortvorteile, nicht nur für die Produktion, sondern auch als Kapitalhafen, muss alles unternommen werden, um die Renditen der Unternehmen hoch zu halten. Geld fliesst dorthin, wo es viel abwirft, und da der Staat nur beschränkt Einfluss auf die Standortfaktoren hat, greift er gerne zu fiskalen Massnahmen. Das heisst, dass Investitionen in die Infrastruktur, also alles von der Abwasserleitung über Bildung und Strassenbau, bis zu den Zentrumsleistungen³ getätigt werden um Firmen anzulocken oder bei der Stange zu halten. Diese Massnahmen wirken - aber nur indirekt. Viel direkter wirksam ist der Verzicht auf Steuereinnahmen in seinen diversen Formen.

Dabei zeigt sich auch die Handlungsperspektive: Das Selbstverständnis des Staates ist nicht die Bereitstellung eines möglichst angenehmen und potentiellen Handlungsspielraumes für alle. In bilateralen Verhandlungen mit multinationalen Playern werden Privilegien ausgehandelt. Steuererleichterungen oder Pauschalbesteuerungen zeigen, dass sich die Entscheidungsträger_innen gegenüber den Unternehmen vorsehend verhalten. Wenn nicht, bleiben sie im internationalen Spielchancenlos. Kapitalkritische Initiativen haben es dagegen viel schwerer. Karl-Heinz Roth bezeichnet die 1:12-Initiative als interessanten Vorstoss. Seiner Ansicht nach hat er aber keine Chance wirksam zu werden, wenn nur ein einzelnes Land derartige Gesetze entwickelt, mal noch abgesehen von der schlussendlichen Ausgestaltung.

Es geht an dieser Stelle nicht darum, die Initiative inhaltlich zu besprechen, sondern um deren gesellschaftliches

Potential und ihre Wirkung auf die Bevölkerung. Kurz gesagt, zeigt die Initiative, dass die Problemwahrnehmung auf vielen Ebenen der Bevölkerung dieselbe ist. Diese Initiative passt zusammen mit der Abzocker-Initiative von Minder. Beide Vorgehensweisen stammen aus unterschiedlichen Lagern, wollen aber dem Kapitalismus einen „vernünftigen Rahmen“ geben. Da aber weder am internationalen System geschraubt werden kann, noch versucht wird, die Mentalität der Betroffenen mit einzubeziehen, bleibt der Lösungsansatz bürokratisch verhaftet und völlig losgelöst von einer sinnvollen und praktikablen Herangehensweise. Die Riester-Rentendebatte

nur Einbussen im Lebensstandard zu befürchten sind, sondern sämtliche Sicherheiten verschwinden. Schon jetzt sind mit der Prekär- und Temporärbeschäftigung Massnahmen am Wirken, die den Beschäftigten die alltägliche Einkommenssicherheit und die Sicherheit zur langfristigen Versorgung rauben.

Internationale Kooperation auf Bürger_innenebene macht nur wenig Sinn, da diesen die Mitsprache auf internationaler Ebene sowohl direkt wie auch indirekt genommen wird. Direkt erhalten sie keinen Einfluss, das mag noch im Sinne einer repräsentativen Demokratie sein, dass die Bürger_innen aber nicht einmal bei der Ausgestaltung mitspre-



Im Inneren der Binz, einem selbstverwalteten Kulturraum in Zürich, der einem Bauprojekt weichen musste

(dritte Säule) und die Hartz-IV Debatte (Arbeitslosengelder) in Deutschland zeigen, dass Reformen im momentanen Rahmen zu einer Verarmung und Entrechtung der Bevölkerung führen, selbst in einer „funktionierenden“ Nationalökonomie wie Deutschland, von Griechenland mal ganz zu schweigen.

Diese Beispiele zeigen nicht nur die Mühen des Systems, adäquate Reformschritte anzugehen, es bietet auch den Ansatz zur Erläuterung, wieso die Initiative wohl von den Abstimmenden abgelehnt werden wird, genauso wie die Ferieninitiative. Nicht nur die Staaten befinden sich im (Standort-) Wettbewerb, jede und jeder Arbeitnehmer_in ebenso. Der Kampf für mehr Sozialleistungen und mehr Lohn findet heute gar nicht mehr statt, die Beschäftigten befinden sich höchstens in einer Verteidigungsstellung. Gemäss Roth wird Solidarisierung und Kooperation effektiv verhindert, wenn die Angst geschürt wird, dass der Produktionsstandort einfach verlagert wird, wenn die Bedrohung gezeichnet wird, dass nicht

chen können, oder Veränderungen abzusagen haben, verletzt die systemeigenen Pseudoregeln.

Roths These, dass reformistische Schritte nicht einfach verworfen werden können, macht in einer akuten Krise sicher Sinn, aber seine Thesen über die Bewegung sind spannender, da nur über einen Umsturz wirklich etwas verändert werden kann. Wie Roth sagt, sind reformistische Schritte nur das Wasser und Brot: das Minimum, das unternommen werden muss, um den Lebensstandard der unteren Klassen zu halten. Das Wasser und Brot darf auf keinen Fall dem System gefüttert werden, sondern den Menschen darin. Sie sollen wieder einen Handlungsspielraum erhalten, um für mehr zu kämpfen.

Roths These der langen Depression als Basis für eine umstürzerische Bewegung kommt hier zum Zug. Der globale Handlungsrahmen, der dabei angestrebt werden soll, zwingt zu einem Mentalitätswandel. Diese Punkte werden in der kommenden Ausgabe behandelt.

s.deo

² Verstanden als die global wirksamen Marktmechanismen, Datenverarbeitungsprotokolle und Finanzströme und ähnliches, welche die Grundlage der globalen Koordinierung darstellen.

³ Aufwendungen welche in Zentren bereitgestellt werden, aber auch von Akteuren der Peripherie genutzt werden. Typische Beispiele sind Universitäten, Kulturzentren, Theater und Museen, oder auch Einkaufszentren, die damit der Peripherie noch Eigenständigkeiten geraubt haben.

Gedichte Utah Phillips

als ich in utah phillips wampe lief
war ich doch ein wenig überrascht
ihn hier anzutreffen

standen wir doch beide mit einkaufs-
taschen in den händen in einem dieser
schicken einkaufszentren die heute wie
pilze aus dem boden schiessen

wir waren umgeben von quirrigen knirpsen
mit ihren alten die ebenso wie wir beide
einkaufstaschen in den händen trugen
und die aussahen
wie touristen auf nem billigen trip
ins nächste paradies

er hatte ordentlich zugenommen und
von der seite her betrachtet war seine
wampe ein stück grösser als meine
was mir einen kleinen stich versetzte
aber ich bin beileibe nicht neidisch drum

er musterte mich von oben wie man
ne kleine fliege mustert
so mit geh weg im blick und nur
kräftig blasen dann ist sie weg

aber ich blieb stehen und musterte
mit meinem klaren blaugefärbten
augen seinen weiss gewordenen bart
alter sack dachte ich
und seine hosenträger sahen aus
nun ja
sie wurden
etwas in die länge gezogen

grummelnd stellte er seine taschen hin
was mich dazu brachte dasselbe zu tun
und grummelnd richtete er sich wieder zur
vollen grösse auf
doch doch ein wenig
grösser war er schon

(immer noch „Utah Phillips“)

langsam nahm er ne packung raus
klaubte sich ein stück heraus
hielt mit der andren hand das feuer an
das gute stück und blies mir kräftig
den rauch ins gesicht

das war dann aber gar nicht nett

selbst für'n alten wobbly waren das
schlechte manieren

unter tränen in den augen holte
ich meine rote karte raus und hielt
sie ihm unter die nase

na

er lachte steckte sich die kippe in den
mund
nahm seine beiden taschen wieder auf
gab einen körperlichen laut von sich
und verschwand mit seinem wiegenden
gang in der menge

das war's dann wohl

später sagt mir einer

du hast wohl geträumt der ist
schon ne weile tot

ne der war echt genauso wie
der joe oder ralph oder wie der
arturo giovanniti
solche wie er verschwinden nie

solche wie er

die spuckt sogar die hölle aus

von: Hans Marchetto

(Lohn)klau

organisiert euch
organisiert euch
der Chef klaut euch
die Löhne und ihr
könnt euch wehren
zusammen
seid ihr stark!

organisiert euch
organisiert euch
die Aufforderung
hallt den Bauarbeitern
in den Ohren nach

zumindest bis
in den Nachrichten
die nächste Meldung
über einen klauenden
Asylbewerber
gesendet wird

von: Niedźwiedzek

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.



abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 50.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 25.- oder mehr)
- Ich möchte folgende Anzahl Ausgaben von di schwarzi chatz abonnieren (6x1 Ausgaben für 25.-, 6x1 mit DA 50.-, je weiteres Exemplar schwarzi chatz 5.-). Anzahl:

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

